

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 67. Ratssitzung vom 4. November 2015

1373. 2015/302

**Postulat von Marcel Savarioud (SP) und Alan David Sangines (SP) vom
09.09.2015:**

Pilotprojekt für eine unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen durch Privatpersonen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marcel Savarioud (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1251/2015): Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Unterdrückung und suchen Schutz. Die Stadt Zürich pflegt eine lange Tradition, Verfolgten Schutz zu bieten und sie auch willkommen zu heissen, das beweisen u. a. die vielen Privatpersonen, die sich bereit erklärt haben, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen. Durch die Aufnahme in Gastfamilien sollen Flüchtlinge, deren Gesuch mit grosser Wahrscheinlichkeit gutgeheissen wird, zu einem selbständigen Leben in der Schweiz finden. Wer sich willkommen fühlt, menschliche Nähe und Wertschätzung erfährt sowie Orientierungshilfe und Unterstützung erhält, wird sich schneller und tiefgreifender an die neuen Lebensumstände anpassen und rascher eine neue Existenz aufbauen können. Die Öffentlichkeit würde von weniger Sozialkosten profitieren. Dieses Anliegen scheitert bis anhin an unverständlichen bürokratischen Hürden, obwohl der Staat entlastet werden könnte. Auf Anfang 2016 müssen die Gemeinden zusätzlich 2500 Asylbewerber aufnehmen. Die Unterbringung von Flüchtlingen stellt aber viele Gemeinden vor grosse Herausforderungen. Ein Pilotprojekt für die Aufnahme von Flüchtlingen in Gastfamilien käme gerade zur rechten Zeit. Die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) hat ein grosses Wissen und viel Erfahrung in der Asylbetreuung und ist ein Garant dafür, dass ein entsprechendes Pilotprojekt von Erfolg gekrönt sein wird.*

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet den von Martin Götzl (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. September 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Die linke Politik ist geprägt von moralischer Überheblichkeit, Arroganz, inhaltlicher Unvernunft und dem Irrglauben, ein besserer Mensch zu sein. Die SP hat Wahlkampf betrieben mit Bildern von mutmasslich toten Flüchtlingen, das ist an Geschmacklosigkeit kaum zu überbieten. In Zeiten, in denen Europa von illegalen Migranten überrannt wird, falsche Signale in das Ferienparadies Türkei, nach Afrika oder in den Libanon zu senden, ist das Unvernünftigs-te, was man machen kann. Damit hilft die SP höchstens den Schleppern. Die vorwiegend jungen Männer, die sich auf den Weg in den europäischen Sozialstaat machen, zahlen für die Überfahrt ein Vermögen. Wer dieses Postulat unterstützt, ist selber gar nicht bereit, bei sich zu Hause Flüchtlinge aufzunehmen. Man gibt sich als Gutmensch, aber am Ende soll der Staat es richten.*

Weitere Wortmeldungen:

Ezgi Akyol (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt Zürich in Zusammenarbeit mit der Asylorganisation, der schweizerischen Flüchtlingshilfe und anderen ein Pilotprojekt starten kann, bei welchem Flüchtlinge unbürokratisch bei Privatpersonen unterkommen können.» Es war die Schweizerische Flüchtlingshilfe, die die Thematik der privaten Unterbringung lancierte und sie hat schon Erfahrungen in diesem Bereich. Auch das Projekt WG-Leben, das freie WG-Zimmer an Geflüchtete vermittelt, könnte mit einbezogen werden. Gerade für junge Geflüchtete ist dieses Projekt sehr gut, denn es ist sehr wichtig, dass sie soziale Kontakte und Freundschaften knüpfen können. Anfang Oktober hat STP Corine Mauch die Lancierung eines Gastfamilienprojekts angekündigt. Nichtsdestotrotz begrüßen wir das Postulat. Die restriktiven Regelungen der privaten Unterbringung, z. B. die Vorgabe, dass die Geflüchteten eine eigene Nasszelle brauchen, sind zu überprüfen.

Marcel Bührig (Grüne): Auch die Grünen stimmen diesem Postulat selbstverständlich zu. Es geht nicht darum, Leute zur Aufnahme von Flüchtlingen zu zwingen. Die Unterbringung von Flüchtlingen bei Privatpersonen ist eine gute Sache, weil die Flüchtlinge dadurch schneller in Kontakt mit der lokalen Bevölkerung kommen, was die Integration stärkt. Diesen Vorteilen darf man nicht im Weg stehen.

Andreas Egli (FDP): Der FDP gefällt es, wenn eine Aufgabe durch Private erledigt wird. Wir sind gespannt, ob das Pilotprojekt funktioniert und erwarten diesbezüglich eine Berichterstattung durch den Stadtrat, in der auch auf allfällige Problematiken hingewiesen wird. Wenn für die Stadt Zürich keine übermässigen administrativen Kosten anfallen und sich das Ganze im Rahmen der Kontingenzahlen bewegt, unterstützen wir das Postulat.

Karin Weyermann (CVP): Die Aufnahme von 1000 Flüchtlingen liesse sich eigentlich auch ohne private Unterbringung bewerkstelligen. Wenn es aber Privatpersonen gibt, die bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen, soll ihnen dies in möglichst pragmatischer und einfacher Weise ermöglicht werden. Die Privatpersonen sollen aber kein Geschäft daraus machen. Es soll um Integration durch eine einfache und sinnvolle Unterbringung, die aber nicht teurer als eine Unterbringung anderer Art ist, gehen. Wir stimmen dem Postulat zu.

Alan David Sangines (SP): Die grosse Unterstützung unseres Vorstosses freut uns. Die pragmatischen Kräfte des Gemeinderats haben zusammengefunden, um Hand zu bieten für die Unterbringung dieser Menschen. Samuel Balsiger (SVP) hat kein einziges Argument gegen diesen Vorstoss genannt. Es geht darum, die bürokratischen Hürden abzubauen für Leute, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen möchten. Auch wenn wir die Unterbringung von Flüchtlingen bei Privatpersonen vereinfachen möchten, sind wir nicht der Meinung, dass Flüchtlingsunterbringung zwingend eine Aufgabe von Privaten ist. Das Asylwesen ist eine Staatsaufgabe, und wenn mehr Menschen kommen, muss der Staat mehr Unterkünfte zur Verfügung stellen. Für die Integration ist es zwar gut, wenn Flüchtlinge bei Familien platziert werden, der Grundsatz bleibt aber bestehen: Der Staat ist zuständig.

Andreas Kirstein (AL): Ich mache Ihnen, Samuel Balsiger (SVP), ein Angebot. Ich würde in meiner kleinen Wohnung einen Flüchtling aufnehmen, wenn Sie in einem sogenannten sicheren Land wie Syrien einen Monat Ferien machen. Und wenn Sie diese Menschen weiterhin als Asylanten bezeichnen, was ein abwertender und falscher Ausdruck ist, werde ich Sie künftig als Nazis bezeichnen, was ebenfalls ein abwertender und falscher Ausdruck ist.

Samuel Balsiger (SVP): Die Postulanten fordern, dass Privatpersonen Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen. Dadurch positionieren sie sich als Gutmenschen im Wissen, dass dies keine Konsequenzen für sie haben wird. Das ist reine Symbolpolitik. Es ist unvernünftig, in der aktuellen Situation die Attraktivität der Schweiz als Asyldestination weiter zu stärken.

Urs Fehr (SVP): Beim Votum von Andreas Kirstein (AL), das eine massive verbale Entgleisung enthielt, hätte Ratspräsident Matthias Wiesmann (GLP) einschreiten müssen.

Simon Kälin (Grüne): Es geht um Menschen, die in ihrem Herkunftsland an Leib und Leben bedroht sind und deshalb flüchten müssen. Es ist an der Zeit, ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Jeder kleine Schritt kann einen wertvollen Beitrag leisten zur Rettung von Menschenleben. Solidarität war immer ein Kernelement grüner Politik. Türen sollen geöffnet werden, um Brücken zu bilden.

Marcel Savarioud (SP) ist mit der Textänderung einverstanden: Als die aargauische Regierungsrätin der Grünen, Susanne Hochuli, Asylsuchende bei sich zu Hause aufgenommen hat, war das der SVP nicht recht. Auch Frau Hochuli wurde Profilierungssucht und Gutmenschentum vorgeworfen. Wenn wir Gutmenschen sind, was sind dann die anderen?

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Als Gemeinde haben wir den gesetzlichen Auftrag, ein gewisses Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen. Das ist sinnvoll. Die zusätzliche Zahl von etwa 800 Flüchtlingen, die die Stadt Zürich bis Ende Jahr aufnehmen sollte, ist aber eine grosse Herausforderung. Zusätzlich zu dieser gesetzlichen Pflicht wurden wir vom Gemeinderat aufgefordert, zusätzliche Flüchtlinge ausserhalb des Kontingents zu übernehmen. Es geht nicht nur um die kurzfristige Unterbringung von Menschen. Die Integration der Flüchtlinge wird uns noch jahrelang beschäftigen, denn die Aufnahmequote ist hoch. Entsprechend ist eine Unterbringung, die eine schnelle Integration ermöglicht, hilfreich. Die Integration aus einem Zivilschutzraum heraus ist schwierig. Wir sind also auf Wohnraum angewiesen. Auch die Idee des Gastfamilien-Projekts steht. In Bezug auf das Pilotprojekt sind wir positiv eingestellt und möchten untersuchen, inwiefern damit die Herausforderung der Unterbringung gemeistert und ein Beitrag an die Integration geleistet werden kann. Die Aufnahme durch Privatpersonen bleibt freiwillig. Es fragt sich, inwiefern die Nachfragen von privater Seite berücksichtigt werden können, und welche Bedingungen für eine Aufnahme in Privatwohnungen aufzustellen sind. Das Projekt ist durchaus anforderungsreich, denn es muss Wohnraum gefunden werden, der längerfristig und nachhaltig zur Verfügung steht. Eine genaue Prüfung ist auf jeden Fall



4 / 4

sinnvoll. Wie viele Menschen sich auf diesem Weg unterbringen lassen, wird sich zeigen. Eine gute Sache ist das Projekt auch deshalb, weil Menschen dadurch ihre Solidarität mit den Flüchtlingen bekunden können. Die AOZ arbeitet bereits heute mit verschiedenen Organisationen zusammen, am Schluss wird die praktische Lösung der Herausforderung entscheiden, mit wem zusammengearbeitet wird. Gegen die Textänderung ist aber nichts einzuwenden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt Zürich in Zusammenarbeit mit der Asylorganisation, der schweizerischen Flüchtlingshilfe und anderen ein Pilotprojekt starten kann, bei welchem Flüchtlinge unbürokratisch bei Privatpersonen unterkommen können.

Das geänderte Postulat wird mit 96 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat